

bezahlten Unterstügungen ohne Arbeit zum Teil besser, als wenn sie arbeiten — und solche Verhältnisse sind geeignet, ein Simulantentum zu erziehen, was uns schwer schädigen kann, und darum erwarten wir von unternen Zählstellen, daß sie auf keinen Fall diese Kategorien aufnehmen, sondern sie den Transportarbeitern zu überweisen, die eine Section dafür errichtet haben, der auch die Beitragshöhe angepaßt sind. Paula Friede.

Korrespondenzen.

Berlin 11. Versammlung vom 21. Januar 1906. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Paenich und Bregand durch Erheben von den Plätzen. Nach Beilegung und Annahme des Protokolls der vorigen Versammlung und Festsetzung der Tagesordnung in der vorgeschlagenen Form, teilt der Vorsitzende mit, daß sich die Kollegen E. Gaede, H. Döring, Alb. Schmidt, H. Wenz, G. Wolfswiad, G. Sid, H. Reinte, E. Möbber, F. Wernig, Zwensner, Wastube, H. Schmidt, A. A. P. Schumann, Aug. Ehling, F. Barthold, W. Mohland, P. van Doeren, Ernst Jahn, Ph. Bernancon und Albert Freu krank gemeldet haben; gesund die Kollegen H. Springthube, Kotulski, G. Straupe, Aug. Robert, A. Göb, Wastube und Aug. Ehling. Ausgetreten ist der Kollege Rickmann. Ausgeschlossen wurde der Kollege Stübwalde. Es folgte sodann eine Erläuterung des zu falschen Aussagen verleitenden Aufsatzes in Nr. 1 der „Solidarität“, betreffend die Krankenunterstützung, dahingehend, daß alle am ersten Januar kranken Kollegen nach Ablauf einer Woche bezugsberechtigt werden. Zur unerlässlichen Kontrolle ist erforderlich, daß Krankmeldungen sofort schriftlich der Ortsverwaltung angezeigt werden, da Verhinderung resp. Spätermeldung den Verlust der Unterstützung nach sich zieht. Das Abheben der Unterstützung kann nach Belieben regelmäßig und nach Verlauf der fünften Woche erfolgen. Der Uebertritt der von Zählstelle III überwiesenen jugendlichen Hilfsarbeiter ist stillschweigend erfolgt und wird an die Vertrauensleute der einzelnen Zählung die Kranken gerichtet, noch fernstehende möglichst heranzuziehen, auch bei Neueinstellungen auf die Berücksichtigung des Arbeitsnachweises zu achten. Eine Extrabuchung aller unter diese Spezies fallenden jugendlichen Mitglieder soll zu einem gut fundamentierten Unterstützungsombau nach Jahresfrist die Grundlage bieten. Festgelegt wird bei Neuannahmen bis zu 15 Wk. Wochenlohn ein Wochenbeitrag von 40 Pf. und 50 Pf. Eintrittsgeld; über 15 Wk. bis 18 Wk. Wochenverdienst ein Beitrag von 45 Pf. und 75 Pf. Eintrittsgeld. Alle näheren Details sind in dem demnächst zur Ausgabe gelangenden Ortsstatut enthalten. Betreffs der Entnahme der Streifenmarken berichtet Kollege Moriz, daß nachträglich die Aufklärung seitens des Zentralvorstandes erfolgte und sich die Zigung der Vertrauensleute schlüssig wurde, den Mitgliedern die Notwendigkeit der Entnahme zu empfehlen. Wenn einzelne Vertrauensleute etwas gegenteiliges fortportieren, so entspreche dies nicht den Tatsachen und müsse dies im Interesse des Ansehens der Zählstelle nur lebhaft bedauert werden. Druckerbesprechungen und Verhandlungen fanden statt und zwar in den Offizinen Wüstenstein, Mittler & Sohn, „Die Woche“, „Nationalzeitung“, „Deutsche Tageszeitung“, „Liebheit & Thieschen“, „Voll“, „Sonntagsblatt“, „Vörlenzzeitung“, „Allstein“, „Norddeutsche Zeitung“, „Reibert (Charlottenburg)“, „Lokal-Anz.“ (Alt. Halerei) und Gutenbergruderei (Lühnstraße). Bemerkenswert sind hiervon die Lohnforderungen in der „Nat.-Ztg.“, wo für Rotationsarbeiter ein Anfangslohn von 25 Wk., steigend bis 30 Wk. erzielt wird. In der Vörlenzzeitung, wo bisher 21 und 22 Wk. für Rotationsarbeiter gezahlt wurden, gelang es, den Lohn durchwegs auf 24 Wk. festzusetzen. Bei Liebheit & Thieschen erhielten die Kolleginnen 1 Wk. Zulage. Die Lohnforderung der Kollegen von Allstein beschäftigte den Vorstand in einer Ausschußsitzung am 8. Dezember und in einer Druckerbesprechung am 10. Dezember, doch sah sich der Vorstand gezwungen, für die in dieser Form und nach Belieben der betreffenden Kollegen mit allen Konsequenzen durchzuführende enorme Forderung mit Rücksicht auf die Tragweite eines derartigen Schrittes die Sanktion zu verlagern und diese Angelegenheit dem Zentralvorstand zu überweisen. Eine kombinierte Sitzung aller Zählstellen am Orte mit dem Zentralvorstand am 11. Dezember beschäftigte sich mit der im Anschluß an den Kempelischen Streik in der allgemeinen Versammlung am 3. Dezember gefaßten, von dem Kollegen Bucher gestellten Resolution und kommt alleinig zu dem Entschluß, daß dieselbe geeignet ist, die mit schwerer Mühe erzielten gegenseitigen Uebereinkünfte zu zerstören, überhaupt jeden Weg der zweidientlichen Verständigung abzuschneiden. Die Anwesenden

fühlen sich verpflichtet, im Interesse der Allgemeinheit den Zentralvorstand zu beauftragen, eine diesbezügliche Erklärung in dem Organ zu erlassen. In der „Nord.-Ztg.“ verurteilte die Geschäftsleitung die Frage, ob der Anleger verpflichtet ist, an der Rotationsmaschine zu arbeiten, vor dem Schiedsgericht der Buchdrucker zur Entscheidung zu bringen, welches wegen der Nichtzulängigkeit abgelehnt werden muß. In der Firma Reibert-Charlottenburg, wo bisher noch eine 10-stündige Arbeitszeit bestand, wurde nach Vorklage der 8 1/2-stündige Arbeitszeit bewilligt. Die Kollegen in der Halerei des „Lokal-Anz.“ halten die neu hinzugekommene Verarbeitung des praktischen Wegweiser für eine willkürliche Umgehung des kürzlich geschlossenen Vertrages und fordern hierfür eine Entschädigung von 1 Wk. Da die Geschäftsleitung, trotzdem der Ausschuß und die angereuete Zentrale die Berechtigung anerkennen, sich weigert, einigt man sich dahin, sich einem Schiedsgericht im Laufe mit einem unparteiischen Gewerbegerichts vorsitzenden zu unterwerfen. Der Spruch soll in den nächsten Tagen gefällt werden. Die Welpredung in der Gutenbergruderei, ehemals Volkszeitung, am 15. Januar wurde nötig durch das Trängen der dortigen Buchdrucker, die über das Arbeiten mit unorganisiertem Personal erbittert sind und hält es voll. Moriz für geraten, alle sich Meldenden, denen nicht direkt Streikbruch vorzumerken ist, heute aufzunehmen. Alle übrigen Welpredungen entfordern dem engeren Arbeitsverhältnis in den einzelnen Offizinen. Es erhält hierzu Kollege Bucher das Wort zur näheren Ergänzung der Lohnforderung der Allsteinischen Kollegen und bekennt, daß bisher eine offizielle Auskunft über das Resultat nicht an den Vorstand gelangte. Er erklärt sodann, welchen eigentlichen Eindruck der Vorstand bei den Kollegen hinterließ, der trotz der gehaltenen Einigkeit in der Kommissionsitzung bei der späteren Druckerbesprechung nur als Person erschien und behauptet, daß die Ansicht über die zu hohe Forderung nun auf Seiten des Vorstandes vorherrscht und die Kollegen geschlossen glaubten zu dieser Forderung berechtigt zu sein, welches sich dadurch dokumentiert, daß nach dem Verbot der Einreichung durch die Vorstände den Vertrauensleuten an der Spitze des Personals die Entscheidung überlassen blieb. Das Resultat war, daß man die Forderung allein zur Durchführung gelangen lassen wollte, welche denn auch dank der Einigkeit der Geschäftsleitung von Erfolg war. Kollege Bucher verliest sodann die einzelnen Verträge und gibt die näheren Erklärungen dazu. Es geht daraus hervor, daß den Allsteinischen Kollegen, wenngleich hinter den erwarteten weit zurückstehend, dennoch bedeutende Vorteile erwachsen. Ueber die Erklärung inbezug seiner Resolution ist Kollege Bucher der Ansicht, daß dieselbe dazu angetan ist, jede Mitarbeit an wichtigen Fragen dem einzelnen Kollegen abzuschneiden, wodurch sich dann folgerichtig die Einberufung derartiger Versammlungen erübrigt. Kollege Moriz legt entschieden Verwahrung dagegen ein, daß bei der Erklärung der Vorstände eine derartige Ansicht maßgebend war und von einer Benennung der Mitglieder keine Rede sein kann. Nur fühlten sich die Betreffenden verpflichtet, hierzu Stellung zu nehmen, weil anscheinend bei der Mehrzahl der für diese in der Erregung gefaßten Resolution stimmenden das Bemerklein der Wirkung und Tragweite eines derartigen Vorgehens verzeihlicherweise ermangete. Ein Antrag, die Angelegenheit der Lohnbewegung bei Allstein als Tagesordnungspunkt der nächsten Versammlung festzusetzen, wird angenommen. Kollege Lohsch bedauert den Standpunkt der verchiedenen Kollegen zu der Entnahme der Streifenmarken und entsinnt sich hierüber eine längere Diskussion, in der hauptsächlich betont wird, daß die Handhabung dieser Angelegenheit seitens der Zentrale nicht den Beschlüssen des Verbandes entspricht. Hieran werden 54 neugemeldete und 64 von der Zählstelle III übergetretene Mitglieder aufgenommen und mit dem Hinweis auf das Statut willkommen geheißen. Die Aufnahme der Kollegen Dymke und Buchholz wird dem Vorstand zur Regelung überwiesen, im Gegensaß zu der vorgemerkten Aufnahme des Kollegen Meyer, welche man ohne näheres Eingehen erledigt wissen will. Unterstützt wird diese Maßnahme von den Kollegen Spinke, Carl Schulte und Kempel. Eine vorgeschlagene zweifelsprechende Verlegung des Stiftungsfestes der Zählstelle zum Herbst wird angenommen und erfolgt sodann Schluß der Versammlung.

München. Bericht von der ordentlichen Generalversammlung vom 28. Januar. Nachdem gegen die Tagesordnung, wie auch gegen das Protokoll der letzten Versammlung nichts eingewendet wurde, erhaltete Kollegin Burtert den Kasfenbericht, dessen Bilanz mit einer Mitgliederzahl von 1022 abgeschlossen wurde. Kollege Langhauser als Revisor befragte den Bericht wie auch, daß sich Kasse und Bücher in bester Ordnung befanden, worauf der Kassiererin Decharge erteilt wurde. Vorsitzender

Stolze Schmid hebt in seinem Bericht das stetige Anwachsen unierer Zählstelle, sowie auch die damit verbundenen Mehranforderungen an die Verwaltung hervor. So seien in diesem Jahre 140 Geschäfts- und 11 Monatsversammlungen, sowie 20 Ausschußsitzungen abgehalten worden; 72 Briefe und 44 Karten sind eingelaufen, dagegen 93 Briefe und 162 Karten abgehandelt worden. Auch die Verwaltung habe erhebliche Fortschritte gemacht. So sei z. B. in Nürnberg die Mitgliederzahl von 17 auf 120 und in Nürnberg von 20 auf 85 gestiegen. Auch in Kaufbeuren und Kempten beständen nun wieder Zählstellen und zwar in ersterem Orte 80, in letzterem 18 Mitglieder. In Augsburg wäre Auflösung vorhanden, die dortige Mitgliederzahl von 15 auf 200 zu bringen; nur in Regensburg war bis jetzt kein Erfolg zu verzeichnen, dennoch besteht in letzter Zeit Aussicht auf Errichtung einer Zählstelle selbst. Uniere Kollegen in Kaufbeuren kamen mit der dortigen Firma in Konflikt und obwohl vom Hauptvorstand ein energisches Vorgehen nicht genehmigt wurde, sind dennoch die Löhne im allgemeinen gestiegen. Besonders schwer lastet auf der dortigen Kollegenchaft noch das Strafsystem. Um die Sache etwas zu mildern, verlangt man zwar keine „Strafgelder“ mehr, dafür aber „Spezialbeiträge zur Fabrikkrankenkasse“. Doch besteht auch hier Aussicht auf Besserung. In der Firma Schud wurden die Differenzen geregelt, ebenso in der Firma Obpacher. Da bei dieser Firma die Mitglieder zu wenig differenz schienen, hatte die Verwaltung einen schwierigen Standpunkt, dennoch stand auf ihre Veranlassung hin der Betrieb am 21. Januar still. Der Streik dauerte drei Tage und erstreckte sich auf die gesamte Arbeiterchaft dieser Firma. Wenn auch nicht alles erreicht wurde, so sind doch die erzwungenen Vorteile für uns maßgebend, denn die Prinzipale gaben nach und erklärten sich obendrein noch bereit — die 3 Streittage zu bezahlen! Dieser Vorgang dürfte nach Ansicht des Gewerkschafts-Sekretariats einzig dastehen, da bisher noch niemals gefordert wurde, daß die Prinzipale die Streittage bezahlen sollten. Dieses Beispiel verdient sicher Nachahmung. Angeeiert durch das Solidaritätsgefühl der dortigen Kollegenchaft, kam sogar den Arbeitserbüren der Gebante, statt der bisher gezahlten 6 Wk. jetzt 9 Wk. zu fordern, und als ihnen der Direktor erklärte, dies nicht zahlen zu können, ertönte von rückwärts die Stimme eines Knirpses: „Ne, host 'g'ört, na streik ma“. Tatsächlich verließen sie hierauf die Bude und sanden sich im Streiklokal ein. Man sieht hieraus, welche Steigerung sich entwickeln kann, wenn alles einzig ist. Vetretris des Steinbrudertariats erklärten die Prinzipale, mit dem Hilfspersonal nicht unterhandeln zu können, da zuerst die Frage entschieden werden müsse, ob Steinchleifer zu den Hilfsarbeitern zu rechnen sind. Uns kann dies gleich sein; wir werden dann eben die Steinbrudertariats einzeln fassen. Mit dem Bewußtsein, daß die Verwaltung trotz der schwierigen Aufgaben dennoch ihre volle Schuldigkeit getan hat, schließt der Vorsitzende keinen mit großem Beifall aufgenommenen Bericht. Bei der nun folgenden Diskussion schätzte Kollege Rudolf I den Erfolg der Verwaltung bei seiner Firma umso höher, als der Direktor nichts anderes vorhatte, als durch Einberufung der sämtlichen Prinzipale die Ausperrung des gesamten Hilfsarbeiterpersonals zu veranlassen. Nur war dieser Herr im Zweifel, mit wem er eigentlich unterhandeln sollte, da er sich mit dem Vorsitzenden Schmid nicht einlassen wollte; indem er die Neuerung gebrauchte: „Ja, immer wieder der Schmid, habt Ihr denn gar keinen anderen?“ Kollege Rachtner betont, daß der bei Obpacher erzwungene Sieg bisher der größte unierer Zählstelle sei und spricht der Verwaltung für die schneidige und umsichtige Leitung den Dank der heutigen Generalversammlung aus (stürmischer Beifall). Hieran wurde dem Antrag des Vorsitzenden gemäß die Entschädigung für die Kassiererin Kollegin Burtert, mit Rücksicht auf die an sie herantretenden Mehranforderungen, um wöchentlich 2 Wk. erhöht. Bei der nun folgenden Neuwahl des Ausschusses wurde als Vorsitzender Kollege Albert Schmid einstimmig wiedergewählt; als Kassiererin Kollegin Burtert, Schriftführer Kollege Bergler, 2. Vorsitzender Kollege Neumeier, 2. Kassierer Kollege Wilmann, 2. Schriftführer Kollege Moiber, Beisitzer Kollege Rachtner und Kollegin Burger, Redatoren: die Kollegen Langhauser, Bauer und Auernhammer. Unter Vereinsangelegenheiten erstattete zunächst Kollege Dopner als Gewerkschafts- delegierter Bericht; ferner kamen wie gewöhnlich verschiedene Wünsche und Beschwerden zum Vortrag, denen in den meisten Fällen die Verwaltung Rechnung tragen wird, worauf der Vorsitzende mit einem Hoch auf unieren Verband die sehr zahlreich besuchte Generalversammlung schloß. Ch. D.

Zählstelle Dresden. Am Sonntag, den 28. Januar fand eine öffentliche Versammlung aller in den Setzungsdruckereien beschäftigten Kollegen und

Kolleginnen statt. Die Tagesordnung lautete: „Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Dresdener Druckereien“. Hierzu führte Kollege Krumpert etwa folgendes aus: Die traurigen Lohnverhältnisse unserer Kollegen und Kolleginnen in den Dresdener Tageszeitungen haben es notwendig gemacht, sich einmal in aller Öffentlichkeit damit zu beschäftigen, um den Abnehmern dieser Mütter zu zeigen, unter welcher traurigen Hilfsarbeiterlöhne die Dresdener Zeitungs- oder unparteiischen Blätter erzeugt werden. Wenn wir uns aber die Löhne unserer Kollegen anderer Druckstädte Deutschlands vor Augen halten, so kann man nur sagen, daß die Dresdener trotz der teureren Lebens- und Bedarfsartikel, der Wohnungsmieten und der hohen Steuern, die man von uns fordert, unsere Löhne auf der niedrigsten Stufe stehen. Nichts wird uns unsere Hilfe einmal nach Berlin, wo die Kollegen bei einer fast durchgängig eingeführten 8-stündigen Schichtzeit einen Mindestlohn von 26 Mk. und für Nacharbeit sogar bis 34 Mk. erreicht haben. So wird man sich auch gleichzeitig fragen müssen: Wurden denn diese Löhne schon vor Jahren gezahlt und haben die Unternehmer dieselben aus lauter Einsicht für ihre Arbeiter ganz von selbst gezahlt? Da kann man nur erwidern, daß diese Verhältnisse erst durch die jahrelangen Bemühungen der Organisation und durch den festen Zusammenschluß der Kollegen herbeigeführt wurden. Wir sehen nun aber die Löhne unserer Kollegen hier an der Wirklichkeit aus? So sind es in erster Linie die „Dresdener Neuesten Nachrichten“, die zu bestimmten Zeiten von „Arbeiterunzufriedenheit“ triffen. Dort werden folgende Löhne gezahlt (das bezieht sich auf die Kollegen an den Rotationsmaschinen und in der Stereotypie). Es erhalten: 12 Mk. 1 Arbeiter im Alter von 18 Jahren; 14 Mk. 2 Arb. (je 18 J.); 15 Mk. 5 Arb. (zwei 23 J., einer 21 J., einer 19 J., einer 18 J.); 16 Mk. 7 Arb. (einer 32 J., einer 27 J., einer 24 J., drei 23 J. und einer 19 J.); 16,50 Mk. 1 Arb. (26 J.); 18.- Mk. 4 Arb. (einer 23 J., zwei 27 J., einer 28 J.); 18,50 Mk. 1 Arb. (32 J.); 20.- Mk. 1 Arb. (30 Jahre alt, ist aber schon eine nette Reihe von Jahren dort tätig) an Wochenlohn. Es ergibt sich hieraus ein Durchschnittslohn von 16,12 Mk. Für Überstunden werden auf 1 Mk. 10 Pf. Zuschlag gezahlt, so heißt es wenigstens, hat aber ein Kollege 3-4 Überstunden gemacht, so hat er eben mit diesen 10 Pf. das Nachsehen bei seinen Überstunden in der Woche gibt es überhaupt keinen Zuschlag. Sonnabends haben die Kollegen bei Fertigstellung der Montagszeitung das Vergnügen, bis abends 10 oder 11 Uhr ohne jede Entschädigung zu arbeiten, was auf den „guten“ Wochenlohn eingerechnet ist. Eine schöne Einrichtung besteht noch darin, daß wenn mal kurze Ausbitten gebraucht werden, so werden diese von der Zentralherberge herangeholt, die dann pro Stunde 25-30 Pf. erhalten. Da muß man sich doch fragen, haben wir nicht höchste Arbeitslose und Abnehmern der „N. N.“, verheiratete Männer, die den Arbeitsmarkt der „N. N.“ aufsuchen, die auch ihren Duhus an Steuern der Stadt und dem Staat liefern müssen und aern arbeiten möchten, oder befürchten man, daß Dresdener Arbeiter ob der „guten“ Bezahlung in Steinen versetzt würden? Rechnet man nun aber die Wochenlöhne in Stundenlohn um, so würde sich ein noch viel schlechteres Bild ergeben. Und selbst der Mitarbeiterin der „N. N.“, der Frau Silvia Brand, würde es wohl schwer fallen noch auszurechnen, daß die Arbeiter noch sparen könnten. Da verdienen nun die „N. N.“ in ihrer Nr. 297 vom 31. Oktober 1905 ihren Lesern folgenden Unas: „In unserem neuen Heim, das eine großartige neue technische Anlage umfaßt, eine Anlage, die, wenn sie in einigen Monaten ganz fertig ist, eine „Lebenswürdigkeit“ genannt werden darf usw.“ Also ein Musterbetrieb in technischer Beziehung. Gleichzeitig aber auch in Bezug auf die Bezahlung ihrer Hilfsarbeiter. Wie stehen aber die Verhältnisse in den „Dresdener Nachrichten“ in Punkt Bezahlung? Und da kann man nur sagen, kein Jota besser, sie stehen den „N. N.“ in der Ausbeutung des Hilfspersonal fast nichts nach. Dort scheint man sich nicht, einem verheirateten 32 Jahre alten Kollegen 13 Mk. anzubieten; aber eine Ausnahme wollte man bei diesem machen, da er besonders stark und kräftig ist und schon 5 Jahre in Buchdruckereien beschäftigt war, sollte er nach längerem Sträuben 15 Mk. erhalten. Daber ist auch die Praxis erklärlich, daß man dort vortageleht junge Leute (d. h. sie können auch schon das Mannesalter erreicht haben) für 12 Mk. einstellen, die aber auf Zulage keine große Hoffnung hegen können. Sprechen nun die älteren Kollegen wegen Lohnzulage vor, so wird ihnen bedeutet, daß sie massenhaft Arbeiter zu diesen Löhnen bekommen und so macht sich denn der Kapitalist das Glend der Arbeitslosigkeit zunutze. In der „Dresdener Zeitung“ erhalten die Kollegen 18 Mk., was ebenfalls den jetzigen Verhältnissen in keiner Weise entspricht. Die einzige Druckerei, die ihr Hilfspersonal einiger-

mogen anständig bezahlt, ist die Firma Kaden & Co. „Sachliche Arbeiterzeitung“. Dort werden die Kollegen mit einem Mindestlohn von 24 Mk. eingestellt und haben auch sichere Aussicht auf Lohnzulage. Um aber die Verhältnisse in den übrigen Zeitungsbetrieben zu bessern, ist es auch Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin, sich der Organisation anzuschließen, soweit dies noch nicht geschehen ist, und nach besten Kräften dafür zu agitieren, damit auch uns die Möglichkeit gegeben ist, durch festen Zusammenschluß, wie es die Kollegen anderer Städte getan haben, bessere Verhältnisse herbeizuführen. Denn nur durch möglichst starke Organisation sind wir imstande, den Besitzern der Produktionsmittel das abzuzeigen, was wir zur Erhaltung unserer Arbeitskraft und sonstigen Lebensbedürfnisse brauchen. In der Diskussion wurde dem Redner zugestimmt. Betreffs der Mißstände wurde dann noch von einem Kollegen Klage geführt, daß die Klosettanlagen zu niedrig und ohne jede Ventilation seien; auch über die Behandlung seitens eines Maschinenmeisters U. wurde geklagt, welcher sich nicht schent, seine viel älteren Mitarbeiter mit den gemeinten und gewöhnlichsten Ausdrücken zu belegen. Kollege Krumpert erklärt hierzu, daß wir mit dem Buchdruckerverband die Vereinbarung getroffen hatten, daß derartige Beschwerden erst an unsere Verwaltung gerichtet und dann gemeinsam mit dem Buchdrucker Vorstand geregelt werden sollen, auch sollen die Kollegen alles vermeiden, was geeignet ist, Zwistigkeiten hervorzurufen. Es solle jeder nach wie vor seine Pflicht tun, wenn es auch manchmal schwer fällt; denn man müsse bedenken, daß es jetzt überall wachsame Augen gibt, die jede Gelegenheit erpünden, um sich die mit einem Male unbeliebt Gewordenen vom Halse schaffen zu können. Mit einem kräftigen Appell des Vorsitzenden an die Anwesenden, in Zukunft die Versammlungen noch besser zu besuchen und kräftig für den Verband zu agitieren, damit wir noch den letzten Herbstfesten für unsere Organisation gewinnen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Karlsruhe. Die außerordentliche Generalversammlung am 28. Januar hatte unter einem Mißgeschick zu leiden. Der Rapportzettel hatte schon in sämtlichen Druckereien zirkuliert, als es dem Kollegen Lang einfiel, die Versammlung kurz vorher wieder abzulassen, was natürlich in der kurzen Zeit nicht mehr durchführbar war. Aus diesem Grunde hielt er den für die Müllerische Druckerei bestimmten Rapportzettel zurück, jedoch nur einige Kollegen aus dieser Druckerei Kenntnis erhielten, und blieben dadurch sämtliche Kollegen von Müller inklusive Vorsitzenden der Versammlung fern. Die Anwesenden erklärten daher, daß die Schuld nicht sie, sondern lediglich den Kollegen Lang trifft. Sie erklärten sich deshalb für kompetent, die heutige Tagesordnung zu erledigen. Die Wahl des Vorstandes ergab folgenden Resultat: 1. Vorsitzender Kollege Roler, 2. Vorsitzender Kollege Frau Stiefel, Kassierer Kollege Vaible, 1. Schriftführer Kollege Siegel, 2. Schriftführer Kollege Streicher, Besitzer: die Kollegen Gnossella und Marich, Kassieren: die Kollegen Hofmann und Heimgann, Kartellbelegierte: Gnossella und Siegel. Der neugewählte Vorsitzende Roler richtete an die anwesenden Mitglieder die dringende Ermahnung, kräftig für die Organisation zu arbeiten und alles zu unterlassen, was deren Interessen zuwiderläuft. Der zu dieser Versammlung eingeladenen Gewerkschaftssekretär Gnossella Billi betonte ebenfalls, daß nun endlich einmal Licht in die zur Zeit herrschenden traurigen Zustände käme; dies könne aber nur geschehen, wenn die Kollegen endlich einmal aus ihrer Gleichgültigkeit erwachen und sich als tüchtige Mitglieder dem Verbande anschließen, um an der Verwirklichung unserer großen Aufgabe kräftig mitzuwirken. In Sachen der Adreßbuch-Angelegenheit betonte Gen. Billi, daß die Schuld nicht den Kollegen Siegel trifft, sondern daß es lediglich ein Versehen seinerseits wäre, daß Kollege Siegel auf der Präzisenliste des Gewerkschaftsartikels als Vorsitzender angeführt wäre. Dies könne aber nur dadurch geschehen sein, daß eben der seitherige Vorsitzende Gen. Hof trotz Einladung nicht eine Sitzung besucht habe, während Kollege Siegel ständig erschienen sei, jedoch er zu der Meinung gelangte, daß letzterer als Vorsitzender fungiere. Bezüglich des Flugblattes war Billi der Meinung, daß er schon viele Erfahrungen gemacht hätte, aber das so ziemlich das Stärkste, was bis jetzt im Gewerkschaftsleben vorgekommen wäre. Nach diesen Ausführungen, die die Wichtigkeit der Anschuldigungen klar bewiesen, beschloß die heutige Generalversammlung, dem Kollegen Siegel ein Vertrauensvotum auszuweisen, das folgenden Wortlaut hat: „Die heutige Generalversammlung, die durch die Ausführungen des Gen. Billi von der Unhaltbarkeit der Beschuldigungen des Kollegen Siegel überzeugt ist, beschließt, dem Kollegen Siegel auch ferner das vollste Vertrauen entgegen zu bringen.“ Nachdem der Vorsitzende noch einige Ermahnungen

an die Mitglieder richtete, schloß derselbe die schon verlaufene Versammlung. F. S.

Am. der Redaktion: Der Bericht vom 14. Januar wird nicht mehr aufgenommen.

Augsburg. Die altherwürdige Römerschanze, die sich in ungeahnter Weise zur Industriestadt ersten Ranges ausgewachsen hat, wo sich eine Unmasse von Fabrikshöfen neben einer Unmasse von Kirchtürmen gegen das Firmament erheben, macht auf den fremden Besucher einen ganz gewaltigen Eindruck. Diese Stadt, wo die Herren V. Jünger und wie sie alle heißen mögen, ungeheure Reichtümer gesammelt haben, bietet nun ein Bild kontrastierenden Klaffen-gegenwärtiges. Einerseits ein ohne alle Rücksicht auf die Arbeiterinteressen schaltendes und waltendes Ausbeutertum, das von schneidenden Muckern sanktioniert wird, andererseits ein ausgeprägtes Proletariat, das zum größten Teil nicht mehr die physische Kraft besitzt sich aufzuraffen, um der ungeheuren Ausbeutung entgegen zu treten.

So ist Augsburg typisch geworden mit seiner Organisation der Unorganisierten, die unter dem Protektorat des Maschinenwerks Augsburg entstanden ist und bildet seit Jahren schon das Schmerzenskind aller modernen Gewerkschaften. Wenn auch durch das unqualifizierbare Vorgehen der Unternehmer bei den letzten Massenausperrungen im vorigen Jahre ein großer Teil der Augsburger Arbeiter hat einsehen gelernt, daß es ein für allemal aus ist mit dem patriarchalischen Arbeitsverhältnis und sie sich den Gewerkschaften angeschlossen haben, so sind doch noch eine ganze Anzahl von Arbeiterkategorien vorhanden, auf die selbst solche große wirtschaftliche Kämpfe wie die hier im vorigen Jahre geführten ohne jeden Eindruck bleiben und nicht ihre Gleichgültigkeit zu beirriten vermögen.

Leider gehören dazu auch noch die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen der Augsburger Druckereien. Seit langem war es der Wunsch unserer Zentralleitung, wie auch der Gauverwaltung von Bayern, daß auch endlich in Augsburg die Organisationsgedanken festen Fuß fassen möge und die Kollegen und Kolleginnen dort einsehen lernen möchten, daß nur durch Anichluß an unseren Verband ihre überaus traurige Lage verbessert werden kann. Wiederholt wurden allgemeine Versammlungen einberufen, jedoch immer mit ganz minimalem Erfolge, und so beschloß die Gauleitung in München, nun einmal eine ganz intensive Agitation in Augsburg zu veranstalten und durch Einberufung von Geschäftsversammlungen, in denen unser Gauleiter Kollege Albert Schmid das Referat übernehmen sollte, endlich einmal die Leute für den Verband zu gewinnen. Neun Tage waren dieser Agitation gewidmet und der Erfolg in Anbetracht der aufgewandten Mühe leider nicht der erwartete. 50 Mitglieder wurden allerdings gewonnen und wenn der gute Geist, der zuerst unter den Mitgliedern nach vorherrschte, anhielt und die Kollegen und Kolleginnen die Worte des Gauvorsitzenden, die er in den Versammlungen an sie richtete, beherzigten, dann wird der gelegte Samen aufgehen und gute Früchte tragen und diese werden dem Hilfspersonal von Augsburg einzig und allein zugute kommen. Wie sehr es gerade in Augsburg notwendig wäre, daß unsere Kollegen sich fest zusammenhängen, ergibt sich, wenn man eine kleine Betrachtung anstellt über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Augsburg gegenüber denen anderwärts. Löhne von wöchentlich 5 und 6 Mk. sind an der Tagesordnung, 7, 8 und 9 Mk. sind dort schon als hohe Löhne für weibliche Arbeiter angesehen. Nicht besser steht es bei den männlichen; für erwachsene Arbeiter von 22 und 24 Jahren werden Löhne von 1,66 Mk. pro Tag bezahlt, 2,30 und 2,50 Mk. sind Höchstlöhne und bedingt schon eine Tätigkeit in einem Betriebe von mehreren Jahren. Für weibliche Arbeiter in der Firma Weichler besteht noch eine Arbeitszeit von früh 6 bis abends 6 Uhr usw. Das sind doch fürwahr rosige Zustände! Welche Ansichten dabei über unseren Verband unter dem in slavischer Demut aufgezogenen Hilfspersonal vorherrschten, zeigte sich uns, als wir sie vor dem Geschäft zu bewegen suchten, doch wenigstens die Versammlungen zu besuchen, da hörte man verschiedentlich: „Ich gebe einfach nicht zu diesen Sozialdemokraten“, andere wieder: „Ich lasse mir meinen Glanzen nicht nehmen!“ Ja, wer in solchen Orten noch nicht agitiert hat, der weiß nicht, wie schider es hält, solche von frommen Arbeitern gegen die Gewerkschaften verhetzten Personen den Organisationsgedanken beizubringen. In diesem Unverständnis gefehlt sich dann noch ein Teil der gelehrten Arbeiter, welche unter dem Mißtan, unter dem sie stehen, ebenfalls noch auf die Arbeiterinnen einwirkten, nicht in die Versammlungen zu gehen mit der Motivierung, es habe doch keinen Zweck für sie! Kurz, die Krankheiten, die wir an einem jeden Ort zu überleben haben, sie müssen auch in Augsburg überstanden werden, und ist die Zahl der Kämpfer dort auch noch klein, sie fühlen sich doch stark genug, die bestehenden Hindernisse zu überwinden und unter

Beihilfe der Gauerwaltung wird es vorwärts gehen trotzdem und allem! A. Sch.

Kaufbeuren. Die Vereinigten Kaufmannschaften Aktiengesellschaft Kaufbeuren und München, das bekannte Arbeitersorbad, mit seinem arbeiterfreundlichen Direktor Wild an der Spitze, weist immer noch mehr unhaltbare Zustände auf und veranlaßt die Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Kunsttempels immer aufs neue wieder Klagen führen zu müssen. Durch Vorlage einer neuen Betriebs- und Arbeitsordnung, welche verschiedene Verschlechterungen für das gesamte Personal enthielt, kam es schon zu verschiedenen Streiks zwischen diesem und der Direktion und man muß wahrlich die Lammesgeduld der Arbeiter bewundern, daß sie nicht schon längst einmal energische Maßnahmen ergriffen haben, um der Direktion einmal ordentlich klar zu machen, daß auch der Arbeiter ein Recht auf das Leben hat. Auf die verschiedenen Anpassungen hin sind nun in der neuen Arbeitsordnung die Strafen in Wegfall gekommen, es gibt jetzt keine Strafen mehr, sondern man höre und staune, nur mehr Spezialbeiträge an die Krankenkasse. Diese Beiträge (keine Strafen) werden nun folgendermaßen zusammengeleitet: **Spezialbeiträge an die Krankenkasse.**

A.

Infolge Fernbleibens von der Arbeit sind folgende Beiträge zu leisten:

1. Vom gesamten Personal:
 - 10 Pfennige, wenn die Arbeit mit bis auf 2 Minuten Verspätung angetreten wird.
 - 2. Von dem Personal in Lohnkassa unter 30 Pfennig per Stunde.
 - 10 Pf. bei mehr als 2 Minuten Verspätung.
 - 15 Pf. bei mehr als 5 Minuten Verspätung.
 - 20 Pf. bei einstufiger Verspätung.
 - 30 bis 50 Pf. bei länger andauerndem Wegbleiben von der Arbeit.
 - 3. Von dem Personal in Lohnkassa von 30 Pfennig und darüber per Stunde:
 - 20 Pf. bei mehr als 2 Minuten Verspätung.
 - 25 Pf. bei mehr als 5 Minuten Verspätung.
 - 30 Pf. bei mehr als 15 Minuten Verspätung.
 - 40 Pf. bei einer Stunde Verspätung.
 - 50 bis 80 Pf. bei länger andauerndem Wegbleiben von der Arbeit.

Sodern der ober die Verspätete nachzuweisen imstande ist, daß die Verspätungsurache nicht umgangen werden konnte, ist der Abteilungs-Vorstand sofort davon in Kenntnis zu setzen, behufs schriftlicher Berichterstattung an die Direktion, welche allein das Recht hat, Ausnahmen von vorstehenden Vorschriften zu gestatten.

B.

Ein weiterer Krankenkassenbeitrag im Betrage von 50 Pf. bis zur Hälfte des Durchschnittstagelohnes ist zu leisten:

- a) Für Nichtbeachtung und Verstoß gegen die Bestimmungen der Arbeits- und Betriebsordnung, der Anordnungen für Sicherheit des Betriebes, Gesundheit und Sicherheit des Arbeitspersonals.
 - b) Für schlechte und schadenbringende Arbeit, Beschädigung von Materialien, Steinen, Maschinen, Mobilien und Waren, für mutwilliges und fahrlässiges Zerreißen von Manulaturen und Druckpapieren.
 - c) Für unpünktliche Aufnahme und unzeitiges Einstellen der Arbeit, Zeitverlust durch zu frühes oder unnützes Abstellen der Maschinen, nachlässiges Reinigen an Maschinen, Mobilien usw.
 - d) Für Ungehörigkeit den Arbeitsvorständen gegenüber, Unhöflichkeit gegen den Fabrikportier, Unachtsamkeit, Missetzung, Rauf unter dem Personal während der Arbeitszeit oder während der Pausen, Veranlassung zu Streitigkeiten oder Teilnahme an solchen, Verstöße gegen die guten Sitten.
- Außer der Direktion sind die Arbeitsvorstände berechtigt, solche Vertragsleistungen anzuordnen. Dem Betroffenen steht das Recht zu, gegen solche Anordnungen der Arbeitsvorstände an die Direktion zu gelangen, welche definitiv entscheidet.

C.

Die in diesem Paragraph aufgeführten Spezialbeiträge an die Krankenkasse werden chronologisch und unter Aufsührung der Namen der Beitragenden in ein Buch eingetragen. Die Direktion kann in ihr gut scheinenden Momenten die Namen derer, welche mehr als 4 Beiträge per Monat zu leisten hatten, bekannt geben.

D.

Das Recht, Schadenersatz für fahrlässig, böss- oder mutwillig angetanen Schaden an Gut und Eigentum der Gesellschaft zu beanspruchen, bleibt der Direktion vorbehalten.

Nun fragen wir: Ist diese Unternehmerr-Dreistigkeit nicht der reine Dohn, glaubt die Direktion mit solchen Schand-Paragraphen sich eine zufriedene Arbeiterchaft zu sichern, zumal noch, wenn

Herr Direktor Wild, wie es unlängst geschehen ist, verlangt, daß der Portier schon vor der Zeit schließt, um recht viel Spezialbeiträge zu bekommen. Wenn dann ein Arbeiter wirklich einmal in die Lage kommt, die Fabrikfrankenkasse in Anspruch zu nehmen, dann werden ihm von seiten der Direktion noch allerhand Schmierigkeiten gemacht. Wir brauchen wohl nicht noch deutlicher werden, Herr Wild? Das natürlich in einem solchen Arbeiterbetrieb Vorarbeiter mit einer sogenannten Vorkassennatur schalten und walten können, wie es ihnen beliebt, verzieht sich von selbst. Besonders arbeiterfreundlich zeigt sich hierbei der Buchbinder- und Trägermeister Adrian, der früher selbst freieren Anschauungen huldigte, nun aber, wie es scheint, im katholischen Männerverein gelernt hat, daß dem unorganisierten Personal unbedingt Vorrechte eingeräumt werden müssen. Der Wunsch der Arbeiter, Herr Adrian möchte die vakante geborene Meßner-Stelle bekommen, ist leider nicht in Erfüllung gegangen, und so müssen sie halt noch weiter zuleiden, wie sie mit ihm fertig werden. Der Papiermagazins-Direktor Stegmann kann sich ebenbürtig zu Herrn Adrian stellen, auch über ihn hört man nichts von Klagen und wieder Klagen und werden wir, wenn notwendig, nächstens ernige Details bringen. Die Herren arbeiten mitamt der Direktion für uns, denn immer mehr und mehr greift der Gedanke Platz, daß diese unhaltbaren Zustände nur durch eine feste Organisation beseitigt werden können, und das ist gut. A. Sch.

Briefkasten.

Die Berichte aus Frankfurt, Bausen und Bielefeld mußten zurückgestellt werden.

Das **Mitgliedsbuch Nr. 2477** auf den Namen Carl Stabelhof, ausgefüllt am 30. 10. 1905 von der Zahlstelle II, Berlin, ist verloren gegangen. Es wird gebeten, dieses Buch, falls es vorgezeigt wird, anzuhalten.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

12. Abänderung des Kassenstatuts.

Auf Beschluß der ordentlichen General-Versammlung vom 19. November 1905 haben nachfolgend aufgeführte Paragraphen des Kassenstatuts folgende Aenderungen erfahren:

§ 10 Absatz 1 Nr. 3.

Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom Tage des Eintritts derselben für jeden Arbeitstag und für die Festtage, welche nicht auf einen Sonntag fallen, die Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes (§ 9) als Krankengeld; diejenigen Mitglieder, welche der Kasse ununterbrochen mindestens 26 Wochen angehört haben, erhalten im Falle der Erwerbsunfähigkeit bis zu 26 Wochen 60%, für die fernere Erwerbsunfähigkeit bis zu 52 Wochen 50% des durchschnittlichen Tagelohnes als Krankengeld.

Das Krankengeld beträgt somit bei

	50%	60%
I. Klasse	0,50 Mt.	I. Klasse 0,60 Mt.
II. "	0,75 "	II. " 0,90 "
III. "	1,25 "	III. " 1,50 "
IV. "	1,75 "	IV. " 2,10 "
V. "	2,00 "	V. " 2,40 "

Dem § 21

wird folgende Bestimmung angefügt:
Auf Anweisung des Vorstandes haben erkrankte Mitglieder sich einer Nachuntersuchung durch einen Vertrauensarzt zu unterziehen.

§ 42 Absatz 4.

Die Krankenkontrolle geschieht durch Angestellte der Kasse und durch freiwillige Kontrolleure, welche der Bedarf aus Mitgliederkreisen beruft, und deren

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Leipzig.

Sonntag, den 4. März 1906, nachmittags 1/2 2 Uhr

Öffentliche Versammlung

im Saale des Pantheon, Dresdnerstraße 20.

Tagesordnung:

1. Vortrag und Diskussion. Referent und Thema in der Wochenschau.
 2. Remuneration des Vorstandes.
 3. Ausschluß säumiger Zahler.
 4. Tarifliches.
 5. Ergänzungswahlen.
- Kostümfestarten** werden in dieser Versammlung ausgegeben. Um ein pünktliches volles Haus wird gebeten.

Die neue Verwaltung.

Achtung! Walzengießer. Achtung!
Verfettete Walzengießer, die auch mit Herstellung von Walzenmasse vertraut sind und Luft haben, nach auswärts zu machen, können sich melden bei **Worck**, Neuenburgerstr. 81. Lohn den Berliner Verhältnissen entsprechend und Reisepesen werden zugesichert.

Todesanzeige.

Am 11. Februar verstarb im städt. Krankenhause unser Verbandsmitglied
Frau Böttcher
(Bunktierin von Fischer & Wittig)
und hinterläßt einen Gatten, welcher Invalide ist, und 5 unergozene Kinder.
Ihr Andenken halten jederzeit in Ehren
die organisierten Druckerei-Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Leipzigs.

Achtung! Achtung!

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
* Berlin, Zahlstelle I. *

Die **Denkmal-Entwässerung** für unsere verstorbenen Kollegin **Frau Ida Gottwald** findet am **4. März d. J., nachmittags präzise 1 Uhr**, auf dem Kirchhof der Kaiser Friedrich-Gedächtnis-Gemeinde (Blöhensee) statt.

Um die Feier zu einer imposanten zu gestalten, ersuchen wir unsere Mitglieder sowie die Mitglieder der Zahlstelle II und III, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Die **Nachfeier** ist im **Schützenhause Blöhen-See**.
Der Vorstand.

Tätigkeit durch ein Regulatorium geregelt ist. Für die allwöchentlich zu liefernden Krankenberichte und für den durch Wahrnehmung der Kontrolle ihnen erwachsenen Zeitverlust wird den freiwilligen Kontrolleuren auf Verlangen eine Entschädigung gezahlt, deren Höhe der Vorstand festsetzt.

Diese Abänderungen treten mit dem Tage der ordnungsmäßigen Veröffentlichung in Kraft.

Der Vorstand

der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe.

J. Wenz, Vorsitzender. **Otto Wönigk**, Schriftführer.

Genehmigt durch Beschluß vom 30. Januar 1906.

Der Bezirksausschuß zu Berlin.

II. C. 5. 06 Abteilung II.

1. Kaiser.

13. Abänderung des Kassenstatuts.

Auf Beschluß der außerordentlichen General-Versammlung vom 19. November 1905 hat das Kassenstatut folgende Aenderung erfahren.

§ 51.

Der letzte Absatz des § 51 des Kassenstatuts wird gestrichen.

Der Vorstand

der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe.

J. Wenz, Vorsitzender. **Otto Wönigk**, Schriftführer.

Genehmigt durch Beschluß vom 30. Januar 1906.

Der Bezirksausschuß zu Berlin.

II. C. 6. 06 Abteilung II.

1. Kaiser.